18. JAHRGANG NR. 45

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

4. NOVEMBER 1964

DEUTSCHLAND

BONN

KOMMUNALWAHLEN

Genosse Trend

Das Bonner Stimmungsbarometer stand kopf: Die Sieger des Wahlsonntags von Hessen, Rheinland-Pfalz und vom Saarland, die Sozialdemokraten, unterdrückten jede offene Freude; die christdemokratischen Verlierer trugen fröhliche Zuversicht zur Schau.

In seinem Bundeshaus-Büro ließ sich CDU-Chef Konrad Adenauer am Montagnachmittag letzter Woche von Parteigeschäftsführer Dr. Kraske das Kommunalwahl-Debakel der Christdemokraten in Einzelheiten darlegen. Augenzwinkernd tat der Parteipatriarch, als komme ihm dies gerade recht: „Dat war'n aufmunternder Schock. Dat gibt Antrieb für ordentliche Arbeit."

Fünfhundert Meter entfernt in der Vorstands-Baracke der Sozialdemokraten, mühten sich die SPD-Oberen zur selben Stunde, vorzeitigen Überschwang ihrer Genossen zu dämpfen. Vor dem Parteipräsidium, wo man über den Einbruch in die katholischen CDU-Hochburgen von Rheinland-Pfalz jubelte, kritisierte Fraktionschef Fritz Erler lokal bedingte Mißerfolge: „Was war denn in Zweibrücken los? Da haben wir 4,9 Prozent verloren" Und Partei-Vize („Onkel Herbert") Wehner mahnte generell: „Nur nicht triumphieren. Ganz ruhig bleiben."

Die Zurückhaltung der Sozialdemokraten hat ihre Wurzel freilich nicht allein im Volksaberglauben, daß man sein Glück nicht „berufen" soll. Vielmehr beschleicht die SPD-Führungsspitze die Furcht, der nach den Bundestagswahlen von 1961 einsetzende Trend des stetigen Stimmenzuwachses für die SPD (inzwischen als „Genosse Trend" in den Sprachgebrauch der Vorstandsfunktionäre aufgenommen) werde nicht bis zum Wahltermin 1965 durchhalten.

Tatsächlich sind die Sozialdemokraten durch frühere Mißerfolge vor Optimismus gewarnt: Die SPD hatte in den Vor-Wahljahren 1952, 1956 und 1960 nach demoskopischen Umfragen auch stets einen Sympathie-Vorsprung vor der CDU, und dennoch zogen die Christdemokraten bis zum Bundestags-Wahltag immer wieder siegreich nach vorn.

Entgegen den Bedenken ihrer Parteispitze trauen die Wahlstrategen in der Bonner SPD-Baracke dem „Trend" diesmal jedoch mehr Ausdauer zu. Denn:

▷ Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war der Stimmenvorsprung der SPD vor der CDU so groß wie bei den jüngsten Kommunalwahlen;

▷ nie gewann die SPD so stark in katholischen Gegenden (Stimmenzuwachs in Saarbrücken 16,8 Prozent, in Trier neun).

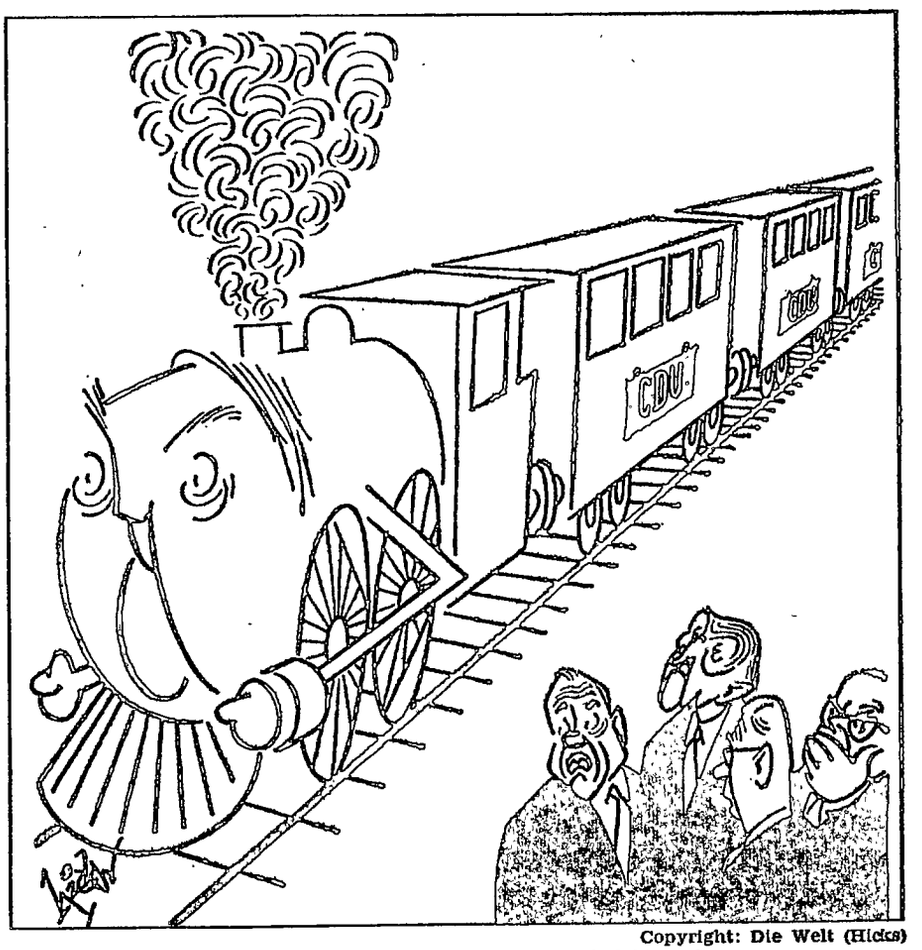
In der Mitgliederentwicklung erblicken Parteiarbeiter vollends den Beweis, daß die SPD auf dem Weg ist, eine Volkspartei zu werden. Früher stießen pro Jahr im besten Fall 41 000 neue Genossen zur SPD. 1964 haben sich schon in den ersten drei Quartalen 48 812 neue Mitglieder registrieren lassen, davon 26 512 Arbeiter; der Rest setzt sich aus Mitbürgern zusammen, die nicht traditionsgemäß zur SPD tendieren: Beamte, Angestellte, Selbständige, Angehörige freier und geistiger Berufe, Hausfrauen.

Die Christdemokraten beschwichtigten sich mit Zahlenvergleichen. Auf einer Zusammenkunft der CDU-Landesgeschäftsführer, die am Dienstag letzter Woche in Bonn stattfand, wurde festgestellt, daß die CDU gegenüber den Kommunalwahlen von 1960/61 einen Stimmengewinn von 1,1 Prozent erzielt habe; verglichen mit den Kommunalwahlen von 1956 seien die CDU-Stimmen sogar um 7,7 Prozent angewachsen, die der SPD aber nur um vier Prozent.

Trotzdem brachte der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Josef Hermann Dufhues am selben Nachmittag fünf Stunden bei Kanzler Erhard im Palais Schaumburg zu. Eindringlich verlangte der Parteimann vom Regierungschef, nun endlich eine klare und härtere Politik einzuleiten. Ludwig Erhard versprach, sein Bestes zu tun.

Schon anderntags im Bundeskabinett demonstrierte der Kanzler die gewünschte Härte und walzte den FDP-Widerstand gegen das Gesetz zur Vermögensbildung für Arbeitnehmer mit dem Hinweis nieder, es müsse nun wegen der christdemokratischen Wahlverluste endlich etwas unternommen werden.

Das angeschlagene Vertrauen zu ihrer „Wahllokomotive" Ludwig Erhard will die CDU-Führung jetzt dadurch kompensieren, daß sie neben dem Kanzler auch wieder andere Politiker stärker



Copyright: Die Welt (Hicks)

„Qualmt noch gut, aber die Zugkraft fehlt ..."

herausstellt. Noch ehe die SPD am 23. November ihren Parteitag in Karlsruhe beginnt, auf dem die Sozialdemokraten ihre „Regierungsmannschaft" vorstellen werden, will die CDU am 19. Dezember auf einer Tagung des Parteiausschusses ihre Führungskräfte präsentieren.

ISRAEL-BEZIEHUNGEN

Im Doppel-Nelson

Mit einem diplomatischen Kunstgriff will Bundesaußenminister Gerhard Schröder eine Forderung der israelischen Regierung zugleich erfüllen und nicht erfüllen: das Verlangen nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel.

Gerhard Schröder wünscht gegenwärtig keine vollen diplomatischen Beziehungen zu Israel. Er befürchtet, daß dann die mit Israel verfeindeten arabischen Staaten sich durch die Anerkennung der DDR revanchieren würden. Schröder will deshalb zum 1. April 1965 in Tel Aviv eine diplomatische Mission installieren, an deren Spitze zwar ein Botschafter steht, die aber nur konsularische Befugnisse hat. Das gleiche sollen die Israelis in Bonn tun.

Bislang ist die Bundesrepublik in Israel weder diplomatisch noch konsularisch vertreten; nicht einmal eine deutsche Handelsmission, die inzwischen den meisten Ostblockländern zugestanden wurde, existiert in Tel Aviv. Israel dagegen unterhält in Köln seit März 1953 eine Mission, die das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen abwickelt und auch Sichtvermerke für Reisen nach Israel erteilt. Das Wiedergutmachungsabkommen läuft jedoch am 31. März 1965 ab, und die Kölner Israel-Mission müßte ihre Tätigkeit einstellen, wenn keine neue Regelung getroffen wird.

Den Kunstgriff, mit dem das Auswärtige Amt sich aus dem Doppel-Nelson der Israelis und der Araber befreien will, haben die Bonner Diplomaten ihren Kollegen aus Ost-Berlin abgeguckt. Die DDR unterhält in Kairo zwar nur ein Generalkonsulat, ist aber in der ägyptischen Hauptstadt auch durch den Sonderbeauftragten Dr. Ernst Scholz vertreten, der den Titel eines Botschafters hat. Auf diese Weise konnte die DDR den Schein erwecken, sie habe diplomatische Beziehungen zu Ägypten aufgenommen, während Ägyptens Staatschef Nasser die DDR nicht anzuerkennen brauchte, was Bonn veranlaßt hätte, seine Beziehungen zu Kairo abzubrechen.

Außenminister Gerhard Schröder meint nun, Nasser könne der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu Israel nicht das verwehren, was er ihr in seinen Beziehungen zu Pankow zumute.

In Israel hat man für diese kunstvolle Bonner Außenpolitik bisher kein Verständnis. Bundeskanzler Erhard und sein Außenminister hoffen dennoch, den israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol zu überreden, die Zwischenlösung zu akzeptieren. Sie wollen in Aussicht stellen, daß in absehbarer Zeit volle diplomatische Beziehungen aufgenommen werden und daß ein neuer Wiedergutmachungsfonds in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages eingerichtet wird. Aus diesem Fonds sollen



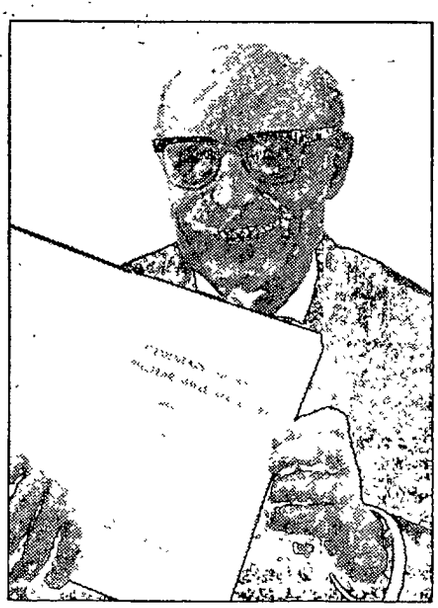
Deutscher Atomphysiker Gentner
Für die Forschung der Israelis ...

auch Ansprüche von Israelis aus den Ostblockstaaten befriedigt werden.

Um nun aber die arabischen Länder durch diese über das Wiedergutmachungsabkommen hinausgehenden finanziellen Leistungen an Israel nicht zu verprellen, will die Bundesregierung einen gleich hohen Fonds bereitstellen, aus dem Hilfsmaßnahmen für arabische Palästina-Flüchtlinge gespeist werden sollen.

Welche Formen der diplomatische Balanceakt der Bundesregierung zwischen Israel und den Arabern bereits angenommen hat, wurde in der vergangenen Woche durch das Bekanntwerden von Einzelheiten über einen deutsch-israelischen Militärhilfe-Vertrag belegt.

Nachdem die Israelis die Bundesregierung beschuldigt hatten, sie begünstige durch ihre Untätigkeit gegenüber den deutschen Raketen-Forschern in Nassers Diensten die Entwicklung von Waffen, die den jüdischen Staat ernsthaft bedrohen könnten, hatte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer im März 1960 mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ben-Gurion ein Geheimabkommen geschlossen. Dieser Vertragsabschluß wurde streng vertraulich behandelt, nur wenige Mitglieder der drei Bundestagsfraktionen wurden eingeweiht.



Deutscher Nobelpreisträger Jensen
... zwei Forscher aus Heidelberg

Die Geheimdienste der arabischen Länder hatten jedoch sehr bald ausgekundschaftet, durch welche Lieferungen die Bundesrepublik das Potential Israels, der stärksten Militärmacht im Nahen Osten, vergrößerte. Und arabische Diplomaten in Bonn hatten schon seit langem dem Auswärtigen Amt angedroht, daß die Sache an die Öffentlichkeit gebracht würde, falls die Bundesregierung Maßnahmen gegen die deutschen Raketenforscher in Ägypten ergreife.

Nachdem kürzlich einige dieser in Kairo tätigen deutschen Spezialisten aufgrund guter Angebote wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt waren, ließ sich auch das Ausmaß der deutschen Militärhilfe an Israel nicht länger geheimhalten. Die arabischen Staaten sorgten dafür.

Konrad Adenauer und der damalige Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß haben Israel zugesagt, Waffen im Werte von 300 Millionen Mark zu liefern. Im Rahmen dieses Vertrags hat Bonn für Israel bereitgestellt: Panzer, Schnellboote, Flugzeuge, Panzerabwehrwaffen sowie Pionier- und Funkgerät.

Außerdem wurde bekannt, daß zwei Heidelberger Atomforscher, Nobelpreisträger Hans Jensen und Professor Wolfgang Gentner, am biologisch-chemischen Weizmann-Institut in Rehovoth ständig tätig sind.

Aber nicht nur auf militärischem Gebiet, sondern auch bei Staatsvisiten will die Bundesregierung eine paritätische Behandlung der Israelis und der Araber erreichen: Bundeskanzler Erhard hat Staatspräsident Nasser mitteilen lassen, er würde ihn „gern in Bonn begrüßen", wenn Nasser im nächsten Frühjahr nach Europa kommen sollte. Gleichzeitig ließ Erhard den Ministerpräsidenten Eschkol wissen, er würde mit ihm gern auf neutralem Boden zusammentreffen. Die deutsch-jüdische Vergangenheit ist noch nicht so weit bewältigt, daß Eschkol eine Einladung nach Bonn annehmen könnte.

Und um mögliche Rückwirkungen eines Nasser-Besuches in der Bundeshauptstadt auf Israel vollends zu kompensieren, will Altbundeskanzler Adenauer im Januar eine Reise nach Israel unternehmen.

JAHN

Im Kaiser-Manöver

Die Situation war delikat, die Verbeugung der beiden Herren fiel etwas steif aus. SPD-Bundestagsabgeordneter Gerhard Jahn prostete seinem Strafverfolger, dem Oberstaatsanwalt Georg Pelchen von der Bundesanwaltschaft, mit Champagner zu.

Jahn fragte ungeduldig, er warte nun schon seit Monaten, wann denn wohl in seiner Ermittlungssache wegen „Geheimnisverrats u. a." eine Entscheidung getroffen werde.

Oberstaatsanwalt Pelchen großmütig: „Es geht ja alles gut."